

# STIMME FÜR KOMMUNEN

AG Kommunalpolitik der SPD-Bundestagsfraktion, April 2010



*Liebe Genossinnen und Genossen,*

*ab sofort werden wir Euch regelmäßig in kurzer und prägnanter Form über die Arbeit der AG Kommunalpolitik der SPD-Bundestagsfraktion und kommunal relevante Themen, Initiativen, Veranstaltungen aus der SPD-Bundestagsfraktion informieren. Wir möchten Städte, Gemeinden, Landkreise, kommunale Unternehmen, d.h. in die Zukunft gerichtetes kommunales Handeln unterstützen. Deshalb sind diese „Notizen“ für Eure Arbeit vor Ort, in Euren Wahlkreisen gedacht. Es begrüßt Euch herzlich Eurer **Bernd Scheelen**, Sprecher der SPD AG Kommunalpolitik.*

## Rettungsschirm für Kommunen

Wir wollen kurzfristig einen „Rettungsschirm“ für die in Finanznot geratenen Städte und Gemeinden spannen, der gegenfinanziert ist! Wir wollen die strukturelle Unterfinanzierung einiger Bereiche mittelfristig ändern. Zum Haushalt 2010 lehnten CDU/CSU und FDP unsere Maßnahmen am 25.3.2010 ab – aber wir bleiben hartnäckig und fordern für die Kommunen:

- Kompensation von 1,6 Mrd. € Einnahmeausfälle durch das „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“.
- Verzicht auf weitere Steuergeschenke, die zu zusätzlichen Belastungen der Kommunen führen.
- Eine auf zwei Jahre befristete Anhebung der Bundesbeteiligung an den Unterkunftskosten (KdU) um drei Prozentpunkte. Kommunale Ersparnis: 400 Millionen Euro jährlich. Die Beteiligung des Bundes an KdU muss sich zukünftig an den tatsächlichen Kosten orientieren.
- Eine auskömmliche Finanzierung auf Landesebene (d.h. auch: Verstetigung des kommunalen Finanzausgleichs). Teil- und/oder Entschuldungsprogramme der Länder für Kommunen.
- Die Einhaltung des Konnexitätsprinzips auf Landesebene. Bei bundesgesetzlichen Regelungen mit finanziellen Auswirkungen auf Kommunen, muss eine ausreichende Finanzierung durch den Bund langfristig gesichert sein.
- Die ungekürzte Weitergabe von Mitteln aus dem Bundeshaushalt für kommunale Maßnahmen durch alle Länder.
- Faire Wettbewerbsregelungen für Öffentliche Unternehmen, insbesondere bei Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge.
- Stabilisierung - nicht Abschaffung - der Gewerbesteuer als wichtigste kommunale Einnahmequelle.
- Die Weiterentwicklung bewährter Stadtentwicklungsprogramme mit dem Ziel wachsender Nachhaltigkeit.

**Wir wollen starke Kommunen und starke Stadtwerke**

\*\*\*SPD-Antrag 17/1152 – [www.berndscheelen.de](http://www.berndscheelen.de)

## 3. Berliner Kommunalkonferenz am 15.März 2010

Städte und Gemeinden müssen in der schärfsten Finanzkrise seit Bestehen der Bundesrepublik die de-saströse Haushaltspolitik von Schwarz-Gelb ausbilden. Mehr als 2 Milliarden Euro kosten die bislang beschlossenen Steuerprivilegien für Klientelgruppen.



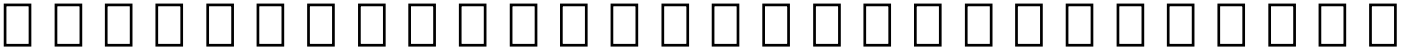
Über 300 kommunale Entscheidungsträger/innen diskutierten mit **Frank-Walter Steinmeier**, **Sigmar Gabriel** und **OB Stephan Weil** dringend notwendige kurzfristige Maßnahmen und solche mit einer langfristigen Perspektive.

„Wir müssen uns den deutlich sichtbar gewordenen Zukunftsaufgaben stellen. Das gilt für den kommunalen Finanz- und Haushaltssektor allgemein, kommunale Infrastruktur, soziale und Bildungsaufgaben und den demografischen Wandel.“ sagte Steinmeier. „Die letzten Jahre haben zudem bewiesen, wie falsch die Formel „Privat vor Staat“ ist.“

Stephan Weil, OB von Hannover und Präsident des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU) warnte davor, die Kommunalwirtschaft durch unfaire Rahmenbedingungen wie privatwirtschaftlich ausgerichtete Gemeindeordnungen (siehe NRW) oder verlängerte Restlaufzeiten für AKW-Betreiber zu blockieren. „Stadtwerke sind der unterstützenswerte Mittelstand. Nur mit ihnen sind zukunftsorientierte Energie- und Umweltpolitik, sowie Gemeinwohlorientierung durchzusetzen.“

Sigmar Gabriel bekräftigte die SPD-Forderung eines „Rettungsschirms für Kommunen“. Er kenne kein Finanz- und Steuerkonzept der Regierung, das für die Kommunen, als Orte der realen Integration, eine dauerhaft auskömmliche Finanzausstattung vorweise. „Als Opposition können wir politisch gestalten! Wir müssen offensiv öffentliche Reformdebatten anstoßen.“

## STIMME FÜR KOMMUNEN



### Achtung: Schwarz-Gelb legt die Axt an die Gewerbesteuer

Schon im schwarz-gelben Koalitionsvertrag verankerte die CDU-CSU/ FDP Regierung ihre Pläne zur Abschaffung der Gewerbesteuer. Nun nimmt sie die Wirtschaftskrise als Alibi, dieses Wahlversprechen in Richtung FDP-Ideologie durchzusetzen. Als Instrument dient ihr die sogenannte Gemeindefinanzkommission.

Gemeinsam mit allen drei kommunalen Spitzenverbänden - lehnen wir diesen Eingriff kategorisch ab. Im Gegenteil, die Steuerbasis muss erweitert werden, um die Gewerbesteuer zu stabilisieren. Sie ist, trotz aller Schwankungen, die wichtigste eigene Einnahmequelle der Kommunen. Und, bei guter Konjunktur steigt sie! Die Gewerbesteuer wird dringend für soziale Aufgaben benötigt. In 2008 standen rd. 41 Mrd. kommunale Einnahmen aus der Gewerbesteuer 40 Mrd. Ausgaben im Sozialbereich gegenüber.

Das „Angebot“ der Regierung, die Gewerbesteuer durch Beteiligung an anderen „sichereren“ Steuern zu ersetzen, ist schlichter Hohn. Es ist, ein Umverteilungsprogramm weg von der Wirtschaft hin zum Bürger. Fragt man nämlich, welche Steuern „sicher“ seien, heißt es: die Körperschaftssteuer, die Einkommenssteuer und die Mehrwertsteuer. Es ist richtig, die konjunkturabhängige Gewerbesteuer ist 2009 um 18% eingebrochen – nachdem sie 2007 und 2008 überproportional hoch angestiegen war. Aber: auch die Einkommenssteuer erlitt einen Einbruch von 8% und die Körperschaftssteuer ging um 60% zurück. Im Jahre 2003 zahlten die Unternehmen gar keine Körperschaftssteuer. Und die Mehrwertsteuer? Soll sie wegen eines steigenden Anteils für die Kommunen erhöht werden?

Diese Frage verweist darauf, wer die Zeche für eine Abschaffung der Gewerbesteuer zahlen soll. Bisher leisten Unternehmen mit der kommunalen Gewerbesteuer ihren Anteil dafür, dass sie unter anderem von der kommunalen Infrastruktur profitieren. Zukünftig sollen Unternehmen und die Gesamtbevölkerung herangezogen werden. D. h., die ursprünglich von 53% auf heute 15% gesunkene Körperschaftssteuer zahlt weiterhin das örtliche Unternehmen.

Der den Kommunen als Gewerbesteuerersatz angebotene Zuschlag auf die Einkommenssteuer muss von allen EinkommenssteuerzahlerInnen und der höhere Mehrwertsteueranteil von allen VerbraucherInnen und getragen werden. Das ist weder gerecht noch eine stabile Einnahmef Basis für steigende kommunale Sozialkosten und weitere Anforderungen durch den demografischen Wandel.

### Erneuter Griff in kommunale Taschen

**Schwarz-Gelb plant weitere Steuerausfälle für Kommunen bei der Unternehmenssteuer.**

In der schwarz-gelben Regierung herrscht Chaos. Auf der einen Seite hebt Bundesfinanzminister Schäuble die von ihm geleitete Gemeindefinanzkommission als gemeinsamen Weg von Kommunen und Gesetzgeber aus der Krise hervor. Gleichzeitig entziehen die Koalitionsfraktionen den Städten und Gemeinden durch die Hintertür mit Änderungsanträgen zur Unternehmenssteuer Stück für Stück die Finanzierungsgrundlage.

In der zweiten März-Sitzungswoche haben CDU/CSU und FDP - gegen unseren Widerstand - das Gesetz zur Umsetzung steuerlicher EU-Vorgaben und anderer steuerlicher Vorschriften (Bundestagsdrucksache 17/506) beschlossen.

Der unspektakuläre Titel verdeckt die Tragweite des Artikelgesetzes, mit dem sich CDU/CSU und FDP - wie schon bei der Umsatzsteuerermäßigung für Beherbergungsleistungen - über gravierende Bedenken der Sachverständigen ebenso hinwegsetzen wie über zahlreiche Änderungsvorschläge der schwarz-gelben Mehrheit im Bundesrat. Es enthält jedoch Änderungen zur Unternehmensbesteuerung, die Steuerausfälle von insgesamt jährlich mehr als 1,7 Milliarden Euro verursachen. „Allein für Kommunen bedeutet dies Einnahmefälle von mehr als 650 Millionen Euro im Jahr.“, sagte die Berichterstatterin Sabine Bätzing.

Ein wesentlicher Bestandteil der Unternehmenssteuerreform 2008 war die Neuregelung der Besteuerung sogenannter Funktionsverlagerungen, bei denen Firmenteile innerhalb internationaler Konzerne ins Ausland übertragen werden. Um eine angemessene Besteuerung dieser Verlagerung zu gewährleisten, wurde u.a. die Gesamtbewertung aller übergehenden materiellen und immateriellen Wirtschaftsgüter vorgeschrieben.

CDU/CSU und FDP haben nun wieder die Möglichkeit der Einzelbewertung zugelassen. Damit wird der von der SPD als einzig richtig angesehene Kern der 2008 beschlossenen Gesetzgebung zurückgenommen, ohne die durch sie gewährten erheblichen Entlastungen der Unternehmen ebenfalls rückgängig zu machen.

**Seriöse Gesetzgebung sieht anders aus.**

## STIMME FÜR KOMMUNEN

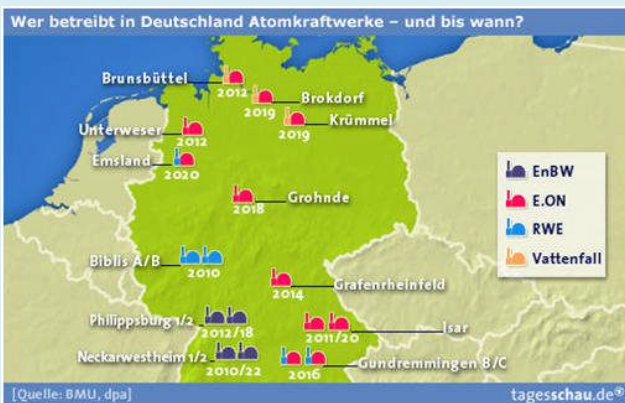


### Drastische EEG-Kürzung schadet

Mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) wurden Rahmenbedingungen für technologische Kompetenz, Arbeitsplätze und Wertschöpfung in Zukunftsfeldern gesetzt. Umweltminister Röttgen riskiert diesen Erfolg. Mit seiner Hauruck-Politik verunsichert er die Energiewirtschaft und verhindert zukunftsorientierte Projekte.

Die von der CDU/CSU Fraktion am 23.3.10 beschlossene weitere Laufzeitverlängerung von 28 Jahren für Atomkraftwerke behindern den Wettbewerb auf dem Stromerzeugungsmarkt. Sie könnte eine Gesamtlaufzeit der Reaktoren von bis zu 60 Jahren (2050) bedeuten. Bisher waren 32 Jahre vorgesehen, was eine Abschaltung der letzten Reaktoren bis etwa 2022 bedeutet. Der stellvertretende SPD-Fraktionschef Ulrich Kelber kritisiert, dass die Überlegungen zu den langen Laufzeiten auch noch mit Kürzungen bei der Förderung der Solarenergie einhergehen. Zudem sei die Förderung von umweltfreundlichen Mini-Blockheizkraftwerken ebenso zusammengestrichen worden wie solche für Öko-Heizungen. Eine Haushaltssperre von über 100 Millionen Euro behindert darüber hinaus die Bewilligung weiterer Anträge.

Die Entscheidung der CDU/CSU geht eindeutig zu Lasten kommunaler Energieversorger. Stadtwerke erzeugen derzeit zehn Prozent der Energie in Deutschland. Mit längeren Laufzeiten würde die Vormachtstellung der vier Kernkraftwerksbetreiber E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall auf Jahre festgeschrieben. Dies stellt "einen massiven Eingriff in die Marktverhältnisse dar", sagt VKU-Präsident Stephan Weil. Viele Stadtwerke haben im Vertrauen auf das Auslaufen der Kernkraft Investitionen in zweistelliger Milliardenhöhe getätigt und/oder geplant. Sie sollten die Energieversorgung dezentraler gestalten und klimafreundlicher machen. Schon die Ankündigung einer Laufzeitverlängerung stoppt notwendige Umstrukturierungen zu Gunsten der Gewinne von Strom-Monopolisten.



150 Stadtwerke haben sich deutschlandweit zusammengeschlossen und der Laufzeitverlängerung ihren politischen Widerstand angesagt.

### Carsharing-Stellplätze in Kommunen

Der SPD-Antrag "Kommunen die Einrichtung von Carsharing-Stellplätzen ermöglichen" (Bundestagsdrucksache 17/781) wurde am 25. Februar 2010 im Bundestag beraten.

Anfang 2009 nutzten ca. 137 000 Menschen Carsharing Angebote in etwa 270 Städten und Gemeinden. Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt deshalb, dass sich die Union nun endlich bereit erklärt hat, das Thema Carsharing ernsthaft im Ausschuss Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zu diskutieren. „Carsharing schließt die Lücken, die der öffentliche Nahverkehr lässt. Es verbindet die Vorteile individueller Mobilität mit dem Auto mit der Effizienz öffentlicher Verkehrsmittel, gerade auch in ländlichen Bereichen“, sagt Sören Bartol, stellvertretender Sprecher der AG Verkehr, Bau und Stadtentwicklung der SPD-Bundestagsfraktion.

Schon 2005 hat der Bundestag mit den Stimmen von SPD und Grünen beschlossen, die Rahmenbedingungen für Carsharing zu verbessern. Die Gesetzentwürfe des SPD-geführten Bundesverkehrsministeriums fanden schon damals breite Zustimmung bei Verbänden und Ländern. Das CDU-geführte Bundeswirtschaftsministerium jedoch verweigerte seine Zustimmung. Es witterte einen Angriff auf die Automobilindustrie und die Autovermietungen.

Diese allerdings haben inzwischen längst den Zukunftsmarkt Carsharing für sich entdeckt. Daimler hat in Ulm und Neu-Ulm Car2go eingeführt. Auch Autovermieter wie Hertz und Sixt bieten inzwischen eigenes Carsharing an. Sie nutzen gerne das Angebot von reservierten Parkplätzen, die Senat und Bezirke in Berlin zur Verfügung stellen.

1,1 Millionen Menschen werden sich 2016 in Deutschland - bei geeigneten Rahmenbedingungen - 19.000 Autos teilen - prognostiziert die Unternehmensberatung Frost and Sullivan in ihrer Ende Januar veröffentlichten Studie. Deutschland hat die Chance zum Leitmarkt beim Elektroautosharing zu werden. Elektromobilität und Carsharing sind ideale Partner auf dem Weg in die Mobilität der Zukunft. Sie sind wie geschaffen für eine Stadt der kurzen Wege und neue multimodale Nutzergruppen. Wir fordern die Bundesregierung auf, die Erprobung solcher innovativen Fahrzeugkonzepte in Verbindung mit Carsharing zu fördern.

## STIMME FÜR KOMMUNEN



### +++++In letzter Minute+++++

#### Einigung bei Job-Centern „Glückwunsch! Gut verhandelt!“

Nur der Einigungswille der SPD hat die Betreuung aus einer Hand für Langzeitarbeitslose quasi in letzter Minute ermöglicht. Am 25. März wurde bei einem abschließenden Spitzentreffen unter Beteiligung von CDU/CSU, SPD, FDP, Bundesarbeitsministerium und Ländern ein Haken unter die Verhandlungsergebnisse der interfraktionellen Bund-Länder-Arbeitsgruppe gemacht. Damit können die mehr als 6,5 Millionen Hartz-IV-Bezieher auch künftig aus einer Hand betreut werden.

Kurz vor der letzten Bundestagswahl war die vom damaligen SPD Arbeitsminister Olaf Scholz mit den Ländern ausgehandelte Grundgesetzänderung zum Erhalt der Jobcenter am Widerstand der Unionsfraktion im Bundestag gescheitert. Frau von der Leyen warb nach der Wahl für eine Beendigung der bisherigen Zusammenarbeit und stellte sich gegen eine Änderung des Grundgesetzes.

Die Bedingungen für die Arbeit in den JobCentern werden nun verbessert: Es wird ein stabiler Personalkörper mit eigener Personalvertretung geschaffen, die Rechte des Geschäftsführers und der Trägerversammlung werden gestärkt. Daneben kann künftig in einem begrenzten Umfang die Betreuung von Langzeitarbeitslosen auch von Optionskommunen wahrgenommen werden. Die bestehenden Optionskommunen werden entfristet und eine moderate Erweiterung (bis zu 110) ermöglicht. Für eine Antragsstellung bedarf es einer 2/3-Mehrheit im Kommunalparlament.

Hervorzuheben ist, dass unsere Verhandlungsführer Frank-Walter Steinmeier und Hubertus Heil erreichen konnten, dass die 900 Millionen Euro Sperre bei der Arbeitsförderung (von der CDU/FDP beim Haushalt beschlossen) wieder aufgehoben wird. Dies soll am 21.4.2010 geschehen.

Zusätzlich wurde vereinbart, mit den notwendigen Gesetzentwürfen eine Entschließung einzubringen, in der sich der Deutsche Bundestag für die Bereitstellung von Haushaltsmittel für die Förderung des Arbeitsmarktes in den nächsten Jahren ausspricht. Für uns ist gesicherte Arbeitsmarktpolitik kein Instrument der NRW-Wahl!

### +++++ In letzter Minute +++++

#### Elektromobilität Mobilität der Zukunft

Die SPD-Bundestagsfraktion veranstaltete am 24. März 2010 die Fachkonferenz „Mobilität der Zukunft - Leitmarkt Elektromobilität“. Der Elektromobilität muss in Deutschland die Zukunft gehören. Sie ist das Musterbeispiel für eine ressourcen- und umweltschonende Mobilität.

Wir fordern deshalb ein schlagkräftiges Zukunftsbündnis „Elektromobilität“ von Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verbrauchern. Die Technologie der neuen Elektrofahrzeuge muss aus Deutschland kommen. Dafür brauchen wir mehr Engagement der Industrie bei Forschung und Entwicklung. Staatliche Anreize für die Marktreife von Elektromobilen sind notwendig.

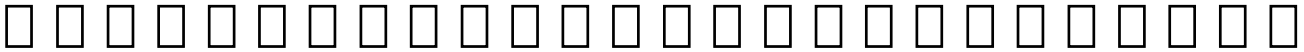
Im Mittelpunkt müssen die Nutzerinnen und Nutzer von Elektroautos stehen. Um mehr Menschen zum Kauf eines Elektroautos zu bewegen, fordern wir die Bundesregierung auf, ein Marktanreiz-Programm auf den Weg zu bringen. Dazu gehören u.a.: das bevorzugte oder kostenlose Parken, die Erlaubnis zur Busspurbenutzung in Städten bis hin zu Anreizen für Taxi- und Firmenflotten. Auch die Umstellung der öffentlichen Fahrzeugflotte kann die Nachfrage stimulieren.

Die Fachkonferenz zeigte: das sind Themen für die Kommunen.



Von links Uwe Beckmeyer, verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Prof. Dr. Werner Tillmetz, Vorstandsmitglied des Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung (ZSW) und Ute Kumpf, Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion.

## STIMME FÜR KOMMUNEN



**++++++ In letzter Minute ++++++**

### Entgeltgleichheit schaffen Ursachen angehen 3. Equal Pay Day

Unter dieser Überschrift und vor dem Hintergrund der Entgeltunterschiede zwischen Frauen und Männern, die seit Jahren nahezu unverändert bei 23% liegen, hat sich im Jahr 2008 erstmals in Deutschland ein breites Aktionsbündnis aus Wirtschaftsverbänden und Frauenorganisationen formiert, das sich gemeinsam für den Abbau von Lohnunterschieden zwischen Männern und Frauen einsetzt.

Trotz Parlamentsarbeit waren auch viele Bundestagsabgeordnete dem Aufruf des Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Frank-Walter Steinmeier, wie der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Dagmar Ziegler und Elke Ferner gefolgt, um ab 11.30 Uhr vor dem Brandenburger Tor anlässlich des 3. Equal Pay Day für „gleichen Lohn für gleiche Arbeit“ zu demonstrieren. Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der SPD-Bundestagsfraktion unterbrachen ebenfalls hierfür ihre Arbeit.

**Um Gleichstellung im Erwerbsleben zu erreichen, fordert die SPD-Bundestagsfraktion:**

- **Endlich Lohngleichheit schaffen** - durch gesetzliche Regelungen.
- **Mehr Frauen in Aufsichtsräte und Vorstände** - durch eine gesetzliche 40-Prozent-Quote.
- **Mehr Frauen an die Spitze** - durch ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft.
- **Gute existenzsichernde Arbeit für Frauen und Männer** - durch einen gesetzlichen Mindestlohn.
- **Eine Offensive für Alleinerziehende** - denn sie brauchen bessere Unterstützung.

Bundesfrauenministerin Schröder lehnt gesetzliche Regelungen unbeirrt ab. Dies festigt die Diskriminierung von Frauen.



Frank-Walter Steinmeier im Kreise aktiver SPD-Damen!

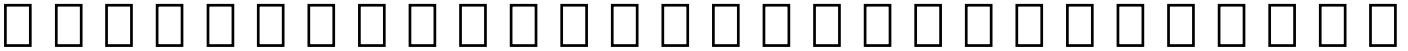


Von links: Angelika Graf, Elke Ferner, Ingrid Arndt-Brauer, Frank-Walter Steinmeier, Katja Mast und Caren Marx.



Von links Gabriele Lösekrug-Möller, Dagmar Ziegler, Elke Ferner, Angelika Krüger-Leißner und Ingrid Arndt-Brauer.

## STIMME FÜR KOMMUNEN



### Unterausschuss Kommunalpolitik

Auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion und Dank der durchsetzungsfähigen Verhandlungen des Parlamentarischen Geschäftsführers Thomas Oppermann wird es zukünftig einen "Unterausschuss Kommunales" im Deutschen Bundestag geben. Alle Gesetzesvorhaben mit kommunalrelevanten Auswirkungen sollen mit beraten werden. Wir wollen, dass das Gremium öffentlich tagt.

Folgende Mitglieder wurden von der Fraktion für den Unterausschuss benannt:

**Bernd Scheelen, Vorsitzender**  
**Kirsten Lühmann, Sprecherin**  
**Dr. Carsten Sieling, stellv. Sprecher**

Als stellvertretende Mitglieder wurden Gerd Bollmann, Gabriele Lösekrug-Möller und Andrea Wicklein benannt.

### Termine

**20. April 2010, 11.00 – 12.00 Uhr**  
**Gemeinsame Sitzung der AGs**  
**Umwelt und Kommunalpolitik**  
**Thema:**  
**Kreislaufwirtschaftsgesetz**

**22. April 2010, 16.00 – 17.30 Uhr**  
**Sitzung der AG Kommunalpolitik**  
**Thema:**  
**Neuordnung und Finanzierung des ÖPNV als Teil**  
**der Daseinsvorsorge**

**Planung: 20. Mai 2010**  
**Sitzung der AG Kommunalpolitik**  
**Thema:**  
**Öffentliche Daseinsvorsorge**  
**Stand der Debatte im Europäischen Parlament**

### Bernd Scheelen: „Handeln mit Herz für die Kommunen“



30 Jahre im Stadtrat von Krefeld, meine Arbeit in der SGK-NRW, der Bundes-SGK und als Präsidiumsmitglied des Deutschen Städte- und Gemeindebundes haben mir ein Gespür für die Lage der Städte und Gemeinden gegeben. Diese Erfahrungen setze ich als kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion in politisches Handeln um.

Bei allen Entscheidungen, die Kommunen betreffen, achten wir Sozialdemokraten darauf, deren Interessen angemessen zu berücksichtigen. Gerade zu Zeiten der schwarz-gelben Klientelpolitik zu Lasten der Kommunen ist dies nötiger denn je.

Ich grüße herzlich  
Eurer  
**Bernd Scheelen**

Bernd Scheelen trat 1972 in die SPD ein. Seit 1979 ist er Ratsherr in Krefeld, von 1994 bis 2009 war er dort Bürgermeister. Den SPD-Unterbezirk Krefeld leitet er seit 2006. 1994 erlangte Scheelen das Mandat als Mitglied des Deutschen Bundestages. Hier ist er ordentliches Mitglied des Finanzausschusses, stellvertretendes Mitglied im Innenausschuss und seit Dezember 2002 Sprecher der Arbeitsgruppe „Kommunalpolitik“ der SPD-Bundestagsfraktion. Im Dezember 2005 wurde er in den SPD-Fraktionsvorstand gewählt, dem er bis heute angehört. Lebenslauf unter [www.berndscheelen.de](http://www.berndscheelen.de)

### Wir sind für Euch ansprechbar AG Kommunalpolitik

**Vorsitzender: Bernd Scheelen**  
Stellvertretende Vorsitzende:  
Gerd Bollmann, Ulrike Gottschalck, Bettina Hagedorn,  
Hans-Joachim Hacker, Dr. Carsten Sieling

Referentin: Gerhild Pinkvoß-Müller  
[pinkvoss@spdfraktion.de](mailto:pinkvoss@spdfraktion.de)  
Postadresse:  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
11011 Berlin

Tel.: 030 - 227 - 53644  
Fax : 030 - 227 - 56272  
E-Mail: [pinkvoss@spdfraktion.de](mailto:pinkvoss@spdfraktion.de)